

Gerechte Bildung für das 21. Jahrhundert - warum wir Schule besser machen müssen und besser machen können

Ein Zwischenbericht der Bildungskommission der Bremer GRÜNEN

Vorwort:

Die im Frühjahr 2021 neu eingesetzte Bildungskommission der Bremer GRÜNEN hat es sich zum Auftrag gemacht über neue Ziele und Wege für eine gerechte Bildung im 21. Jahrhundert nachzudenken.

Dieser Zwischenbericht ist eine Momentaufnahme ohne Anspruch auf Vollständigkeit der Diskussion der Bildungskommission in den letzten sechs Monaten. Wir haben uns dabei nicht nur mit Bildungsexpert*innen aus Bremen und von außerhalb mit der Frage auseinandergesetzt, was unser Bild von gerechter Bildung im 21. Jahrhundert ist, sondern auch welchen (selbst-)kritischen Blick wir auf den Status Quo des bremischen Bildungssystems haben und welche Veränderungen nötig sein können und müssen, um zur bestmöglichen Bildung für Kinder und Jugendliche in Bremen und Bremerhaven zu kommen.

Seit 2007 haben wir die Möglichkeit die bremische Bildungspolitik in der Regierung mitzugestalten. Dabei haben wir uns mit der Einführung einer inklusiven Beschulung auf den Weg gemacht, die Mehrgliedrigkeit in unserem Schulsystem hinter uns zu lassen. Wir wollten damit die ersten Schritte für ein wirklich inklusives Bildungssystem gehen, das bei den Potentialen der Kinder und Jugendlichen und nicht bei seinen Erwartungen ansetzt. Jedes Kind soll so willkommen sein, wie es ist. Wir haben die große Herausforderung der Einführung eines Ganztagschulsystems in Angriff genommen und haben dafür gesorgt, dass wichtige Eckpunkte auch parteiübergreifend Eingang in den Bremer Schulkonsens gefunden haben.

Als GRÜNE wollen wir mit konkreten Ansätzen die Bildungspolitik und gesellschaftliche Debatten beeinflussen, wir wollen, dass die Chancen aller Schüler*innen besser werden. Als GRÜNE Partei wollen wir mit diesem Prozess aber auch neue Konzepte für eine

zukunftsfähige Bildung erarbeiten, über den Status Quo hinausblicken und Bildungsgerechtigkeit real werden lassen.

Der Schulkonsens und seine Fortführung haben die Debatten um Veränderungen der Schulstruktur ein Stück weit beruhigt, Eltern und Lehrkräften Stabilität gegeben, aber es steht auch die Frage im Raum, inwiefern er eine Blockade ist. Haben wir z.B. das Paradigma der Mehrgliedrigkeit wirklich hinter uns gelassen?

Dieser erste Zwischenbericht zeichnet deshalb den Umriss einer (selbst-)kritischen Auseinandersetzung mit der Bildungspolitik und den daraus resultierenden Herausforderungen für Bremen und Bremerhaven ohne dabei komplett vollständig zu sein. Die Herausforderungen und deren Umsetzung haben zum Ziel, Ungerechtigkeiten in unserem Bildungssystem zu beseitigen, Kitas und Schulen resilient und zukunftsfähig für die Herausforderungen von morgen vorzubereiten. Es gehört auch dazu, eine ehrliche Debatte zu führen, auch um das einzubeziehen, was nicht gut läuft!

Wir wollen mit diesem Papier einen Dialog in und mit der Grünen Partei ebenso wie mit der Stadtgesellschaft in unserem Bundesland anstoßen, der von gegenseitigem Respekt derer, die jeden Tag unsere Bildungslandschaft gerechter und damit besser machen wollen, geprägt ist. Wir wollen herausstellen, welche zukünftigen Herausforderungen sich aufdrängen und welche wir für machbar halten.

Kritischer Rückblick und Herausforderungen:

Kritik an Bremens Schulsystem ist in vieler Munde:

Der Unterrichtsausfall sei wegen fehlender Lehrkräfte auf einem hohen Niveau, für gutes inklusives Arbeiten an Schulen fehlen Ressourcen, Klassen seien zu groß, es fehle an Zeit für wichtige pädagogische Arbeit, Schulgebäude seien häufig zu klein und in schlechtem Zustand und Lehrkräfte vielfach überlastet. Es wird sich beschwert, dass bremische Schüler*innen unzureichende Leistungsergebnisse bringen würden, das Abitur nichts wert sei und überhaupt gerade besonders leistungsstarke Kinder durch ein inklusives Schulsystem benachteiligt würden.

Diese Kritiken werden häufig von Personen geäußert, die ohnehin in einer privilegierten Position sind, sich über das Bremer Schulsystem zu beschweren und es mischen sich Klischees mit Verkürzungen und Übertreibungen.

Das alles heißt jedoch nicht, dass es in Hinblick auf das Bremer Schulsystem und seinen Betrieb keine Veränderungsbedarfe gäbe – im Gegenteil gibt es in der bremischen Bildungspolitik einiges zu tun. Diese Bedarfe wollen wir im Laufe unserer Arbeit herausarbeiten und daraus konkrete Vorhaben ableiten.

Unsere Leitfrage dabei ist: Wie können wir gewährleisten, dass Kinder und Jugendliche zu ihrem Recht auf gute Bildung kommen und somit auch das Vertrauen, das die Eltern und Erziehungspersonen der Schüler*innen Schulen geben, rechtfertigen?

Die **primäre Herausforderung** sehen wir darin, dass unser Bildungssystem es immer noch nicht schafft, **Bildungsgerechtigkeit** herzustellen. Gesellschaftliche Ungleichheit schreibt sich in den Bildungswegen junger Menschen fort, obwohl individuelle und organisatorische Bemühungen, dem entgegenzuwirken, zahlreich sind.

Mit der Einführung des zweigliedrigen, weiterführenden Schulsystems (Gymnasium/Oberschule) haben wir es 2009 versucht, Auswirkungen sozialer Ungleichheit abzumildern, aber nach wie vor hängt Bildungserfolg stark vom Elternhaus ab. Das ist nicht gerecht, zumal Bildung in unserer Gesellschaft einen Grundstein für Teilhabe und Selbstbestimmung darstellt.

Auch in Hinblick auf das Aufsetzen begleitender und ermöglichender Strukturen für **Qualitätsentwicklung** und -beratung der Schulen gibt es wenig Anlass zur Zufriedenheit. Die Einrichtung eines bereits 2017 von der Bürgerschaft beschlossenen Instituts für Qualitätsentwicklung (IQHB) konnte immer noch nicht zum Abschluss gebracht werden, teilweise aus Gründen eines Personal- und Ressourcenmangels, aber auch aufgrund von fehlendem Um- und Durchsetzungswillen der senatorischen Behörde für Kinder und Bildung.

Die Schulen in unserem Land sind - wie auch die allermeisten anderen Orte unserer Gesellschaft - Orte, an denen **Diskriminierung** stattfindet. Besonders brisant ist das, weil die Schule einer der wenigen Orte ist, an dem sich alle Menschen eines Alters aus unserer Gesellschaft begegnen. Darüber hinaus ist die Schule strukturell in der

Machtposition, Wissen weiterzugeben. Aktuell wird immer noch viel Diskriminierung und insbesondere Rassismus (zumeist unbewusst) in Schulen reproduziert. Schulen sind keine sicheren Räume für marginalisierte Kinder und Jugendliche. Während einzelne engagierte Pädagog*innen und Schulen Schüler*innen bei Diskriminierung passend unterstützen und Empowerment ermöglichen, passiert an vielen Stellen viel zu wenig und die Plakette "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" ist häufig mehr Feigenblatt als Ausdruck selbstkritischen Veränderungswillens.

„10 Jahre schulische Inklusion in Bremen – Einiges erreicht, aber noch viel vor“ (Dr. Joachim Steinbrück, ehemaliger Behindertenbeauftragter des Landes Bremen)

Inklusion kann kein Beschluss sein, sondern muss ein Prozess sein.

Um also schulische Inklusion Realität werden zu lassen, reicht es nicht, auf durchaus erreichte quantitative Erfolge bei der Inklusion zu verweisen. Vielmehr sind an vielen Stellen qualitative Verbesserungen und eine klare Planungsstruktur notwendig, um dem Recht auf inklusive Bildung aus der Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung der Vereinten Nationen (UN-BRK) gerecht zu werden. Der Prozess, unser Schulsystem dauerhaft und nachhaltig in diesem Sinne umzubauen, braucht Zeit und eine deutlich verbesserte räumliche, materielle und personelle Ausstattung der Schulen. Dafür müssen wir auch einen kritischen Blick auf die Hochschullandschaft und auf die Ausbildung sonderpädagogischer Fachkräfte werfen

Der 2010 verabschiedete „Entwicklungsplan Inklusion (EPI)“ und damit die gesetzlichen Voraussetzungen für ein inklusives Schulsystem sind ein solides Fundament – auf dem aber bisher zu wenig gutes, inklusives Arbeiten in Schulen aufbaut. Dafür braucht es in der Behörde, wie in jeder Schule und bei jeder Lehrkraft, eine inklusive Haltung, eine gemeinsam getragene Philosophie, um ein Klima zu schaffen, in dem sich alle willkommen fühlen und in dem alle die Schule als gerechten Lernort begreifen.

Kollegien sind in ihrer Struktur immer noch zu wenig divers und multiprofessionell, als dass sie angemessen mit der Vielfalt der Kinder und Jugendlichen arbeiten könnten.

Darüber hinaus wurde die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems von Beginn der Schulreform an unter anderem durch die Nichtbearbeitung einer Reihe von Arbeitsaufträgen aus dem EPI behindert, wie der Entwicklung von Alternativen zur

Feststellungsdiagnostik, den mehrfachen Wechsel bei der Zuständigkeit für die Bewilligung von Schulassistenzen und dadurch, dass es häufig keine Einbindung des Einsatzes von Assistenzkräften in ein pädagogisches Gesamtkonzept gibt.

Die Corona-Pandemie hatte auch eine positive Auswirkung. Ohne diese wäre der „DigitalPakt“ noch nicht so weit:

Einerseits sind alle Bremer Schulen und zum Teil auch die Kitas „**digitalisiert**“, d.h. die technischen Rahmenbedingungen sind sehr weit fortgeschritten. Schüler*innen, Lehrkräfte und pädagogisches Personal sind mit Endgeräten ausgestattet. Aber schon jetzt müssen wir an die Nachhaltigkeit dieses Vorgehens denken. Hardware und auch Software haben eine sehr beschränkte Haltbarkeitsdauer! In drei bis vier Jahren stehen wir hier vor einem neuen Finanzierungsproblem.

Andererseits müssen wir große Defizite im Bereich der **Digitalität** feststellen. Lehrende und Lernende müssen in die Lage versetzt werden, digitale Werkzeuge in Lehr- und Lernprozesse so einzusetzen, dass sich für die Kompetenzentwicklung ein altersgerechter Mehrwert ergibt. Es sollen nicht die analogen Methoden ersetzt werden, sondern es muss sich ein methodisch-didaktisches und inhaltliches Gesamtkonzept für den Unterricht ergeben.

Um den oben angeführten, nur kurz und sicherlich unzureichend skizzierten Herausforderungen im Bereich der Digitalisierung und Digitalität gerecht werden zu können, sind primär die folgenden auf Langfristigkeit ausgerichteten Initiativen, die nicht als „Projekte“ (einmaliges zielgerichtetes Vorhaben mit zu berücksichtigenden Zwängen bezüglich Zeit und Ressourcen) gedacht werden dürfen, zu ergreifen: Stärkung der Pädagogischen Eigenverantwortung, neue Wege der Qualifizierung eröffnen und Bereitstellung notwendiger Ressourcen.

Ein Problem der bremischen Bildungspolitik ist die „**Projekthaftigkeit**“, mit der viele Herausforderungen aus den verschiedensten, teilweise hier aufgezählten, Bereichen in der Vergangenheit in Angriff genommen wurden. So passieren Veränderungen nur an Schulen, die sich freiwillig melden, häufig nur auf wenige Jahre begrenzt oder als

Versuch. Evaluation, Fortführung und flächendeckende Verankerung gut funktionierender Systeme sind jedoch dringend notwendig.

Die zentrale Personengruppe im Bildungssystem sind **Lehrkräfte**. Schule ohne sie wäre keine Schule. Dennoch haben sie eine hohe, im Zuge der Coronapandemie noch angewachsene Verwaltungslast zu bewältigen zusätzlich zu hohen Unterrichtsverpflichtungen. An vielen Schulen kommt hinzu, dass große Teile der Schüler*innenschaft in herausfordernden sozialen Verhältnissen leben. Viele Lehrer*innen begegnen den damit verbundenen Problemen mit einem hohen Grad an Engagement.

Wir wollen, dass an der Schule Lehrende von Verwaltungstätigkeiten entlastet werden. Gleichzeitig sehen wir aber auch, dass ein Gefühl der Überforderung nicht nur eine Reaktion auf objektive Belastungen ist, sondern auch subjektive Komponenten hat, die strukturell im Verhältnis von Schulbetrieb und lehrenden Individuen begründet liegt. So sehen wir es als notwendig an, in der Schule vom Einzelkämpfer*innenmodell, das bedeutet, dass Lehrkräfte sich um alles kümmern, wegzukommen und **multiprofessionelle Teams** zu schaffen, die es den Lehrkräften ermöglichen, sich auf ihre Kernkompetenzen zu konzentrieren. Durch neue Formen der Arbeitsteilung könnte der Zeitaufwand für die Unterrichtsvorbereitung geringer und trotzdem die Unterrichtsqualität gesteigert werden. Wir wollen über Arbeitszeitmodelle von Lehrkräften nachdenken und eine starre Orientierung an der Menge der zu leistenden Unterrichtsstunden überwinden.

Unsere grünen Werte und Ziele:

Wir GRÜNEN streiten auf Grundlage eines umfassenden Verständnisses von Bildung, das nicht erst in der Schule ansetzt. Bildungspolitik ist für uns ein zentrales gerechtigkeitspolitisches Feld der Landespolitik.

Bildung und die Vermittlung von Wissen unterstützt Menschen dabei, ihr Leben eigenverantwortlich und selbstbestimmt zu gestalten. Sie trägt dazu bei, die eigenen Potentiale und Interessen zu entwickeln und offen für neue Erkenntnisse und

Erfahrungen in einer sich ändernden Welt zu bleiben sowie soziale Verantwortung zu tragen. Das Recht auf gute Bildung ist ein lebenslanges und jedem Menschen offenes Recht auf Selbstbestimmung, Mündigkeit und gesellschaftliche Teilhabe und damit ein elementarer Bestandteil unserer Demokratie.

GRÜNE Bildungspolitik für Kinder und Jugendliche steht dabei seit 40 Jahren für einen ganzheitlichen und inklusiven Ansatz: es geht um die Ermöglichung von Teilhabe in der Gesellschaft und im demokratischen System. Dazu braucht es Chancen zur Persönlichkeitsentwicklung und die Vermittlung von Wissen, Kulturtechniken und die Erreichung von Abschlüssen. Lesen, Schreiben, Rechnen ebenso wie eine Berufsausbildung sind wichtige Voraussetzungen für Teilhabe ebenso wie die Erfahrung von Wertschätzung, Selbstwirksamkeit und demokratischen Prozessen.

Wie schaffen wir es, diese Werte und Ziele umzusetzen? Wir brauchen einen langen Atem und viele dicke Bretter sind zu bohren!

Wir müssen Kinder und Familien so früh wie möglich unterstützen. In der frühkindlichen Bildung müssen wir Standards in allen Einrichtungen der Kindertagesbetreuung verbindlich umsetzen. Weiter müssen wir Übergänge, z.B. von der KiTa zur Grundschule, so gestalten, dass wir individuelle Herausforderungen schon frühzeitig erkennen und Kinder rechtzeitig erreichen.

Wir wollen KiTas und Schulen (und Schulhöfe) als Orte für den ganzen Stadtteil mit Möglichkeiten der Nachmittags-, Wochenend- und Feriennutzung, Quartiersaktionen und Bildungsangeboten für Eltern und den Stadtteil.

Wir reagieren damit auf vielfältige Familienstrukturen, zunehmende Individualisierungsprozesse, die Auswirkung von Migrationsbewegung ebenso wie die Auswirkung von Globalisierung und technischem Fortschritt.

Wir brauchen Kitas und Schulen, die die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden und sich mit den Themen unserer Zeit auseinandersetzen. Wir bekennen uns zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), die aus den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDGs) entwickelt wurde. Im Zentrum steht dabei das Lernen an aktuellen und zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen, Krisen oder Schlüsselproblemen.

Das erfordert eine grundlegende Überarbeitung von Lehrplänen mit dem Ziel, Wissen, Kompetenzen und neue Formen der Zusammenarbeit im Hinblick auf die Herausforderungen der Zukunft, wie den Kampf gegen den Klimawandel, Geschlechtliche Vielfalt und Digitalisierung als Querschnittsthemen. Nur in der fächerübergreifenden, interdisziplinären und verknüpfenden Auseinandersetzung können wir

Kindern und Jugendlichen damit all das Werkzeug an Hand geben, um sich in einer verändernden Welt zurecht zu finden.

Wir wollen eine neue Kultur des Lernens, mit Fokus auf die Ressourcen der Schüler*innen. Wir gehen dabei davon aus, dass jedes Kind individuelle Begabungen und Interessen hat und diese in der Schule besser erkannt und gefördert werden müssen. Erfolgreiche Bildungsverläufe können ganz unterschiedlich aussehen. Nicht für alle ist das Abitur und ein Studium der richtige Weg. Wir wollen, dass alle Schüler*innen bestmöglich über die vielfältigen Berufs- und Karrieremöglichkeiten insbesondere auch in der dualen Ausbildung informiert werden und daher die Berufsorientierung in allen Schulen viel stärker integrieren als bisher. Erfolgreiche Bildungsverläufe können ganz unterschiedlich aussehen.

Kognitive und soziale Fähigkeiten sollen im Mittelpunkt stehen. Dazu brauchen wir mehr Methodenvielfalt, z.B. mehr Bewegungsangebote, Theater, Musik und naturorientiertes Lernen.

Wir wollen geistige, körperliche und psychische Gesundheit als zentrale Ressourcen für Leistungsfähigkeit, Lebensqualität und soziale Teilhabe stärken. Und wir wollen, dass Kinder die Kulturtechniken (Lesen, Schreiben, Rechnen) sowie demokratisches Handeln lernen, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.

Für eine gerechte und individuelle Bildung auf Augenhöhe braucht es Zeit und Personal. Aus der Bildungsforschung wissen wir, dass es dafür nicht nur mehr Lehrkräfte braucht, sondern vor allem mehr multiprofessionelle Teams in denen Lehrkräfte mit Sozialpädagog*innen, Erzieher*innen, Assistent*innen und Fachkräften aus anderen Berufsfeldern pädagogisch auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Tradierte Vorstellungen der Berufsbilder wollen wir überarbeiten im Sinne einer multiprofessionell

kooperierenden und sich den pädagogischen Kerntätigkeiten mit Schüler*innen widmenden Professionalität von Lehrkräften.

Wir GRÜNE wollen die Selbständigkeit und Demokratisierung von Schulen stärken!

In Bremer Bildungseinrichtungen sollen Kinder und Jugendliche gemeinsam leben und lernen können, egal ob mit und ohne Behinderungen, mit ihren Begabungen und Hochbegabungen, Jungen, Mädchen, queere Schüler*innen, ebenso Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrungen, Migrationsgeschichte, PoC, aus unterschiedlichen sozioökonomischen Verhältnissen und mit diversen Familienmodellen. Lehrkräfte sollen kompetent sein für den alltäglichen Umgang mit Diskriminierung, wie Queer-Feindlichkeit, Rassismus, oder Sexismus und ihre intersektionalen Wirkungsweisen. Inklusion begreifen wir als Chance für vielfältige Lern- und Bildungsprozesse für jedes Kind. Auch wenn Bremen sich hierbei als Vorreiter im Bund sieht, bleibt bei der Umsetzung noch sehr viel zu tun.

Folgende Notwendigkeiten müssen wir diskutieren:

1. **Bildung fängt nicht erst in der Grundschule an.** Deshalb brauchen wir mehr Verbindlichkeit in der frühkindlichen Bildung. Eine mögliche Stellschraube kann hier der Bildungsplan 0 bis 10 sein.
2. **Wir brauchen einen besseren Übergang von der KiTa zur Grundschule.** Dafür muss die Sprachstandsfeststellung frühzeitig sichergestellt werden, egal ob ein Kind in die KiTa geht oder nicht. Nur so können wir umfassende verbindliche Förderangebote ausweiten, damit der Start in die Grundschule einfacher gelingt.
3. **Wir brauchen eine umfassende Schul- und Qualitätsentwicklung. Dabei kommt es auf die einzelne Schule an, wenn wir mehr Chancengerechtigkeit und mehr Qualität erreichen wollen.** Deshalb ist Schulentwicklung in Verantwortung der jeweiligen Schule der Schlüssel zu einer besseren Qualität der Schulen. Die Bremer Bildungsbehörde muss deshalb klare Rahmenbedingungen für eine

verbindliche Schulentwicklung setzen, um diese dauerhaft zu verankern. Darüber hinaus müssen Schulen endlich ein Unterstützungssystem zur Verfügung gestellt bekommen. In einem ersten Schritt wäre eine Entlastung der Schulleitung von nicht-pädagogischen Aufgaben durch eine Verwaltungsleitung sinnig. Wir wollen auch über Formen der kooperativen Schulleitung als "Teamschule" diskutieren. Die Rolle von LIS, IQHB und SeFo in Bremerhaven für Schul- und Qualitätsentwicklung in Zukunft muss geklärt werden.

4. **Wir brauchen Schulen, die Schulentwicklung als selbstverständlichen, dauerhaften und ernsthaften Prozess leben.** Stellschrauben um das zu verwirklichen können, können die Zusicherung von inhaltlicher Unterstützung, organisatorische verlässlicher Begleitung und Ressourcen für die ernsthafte Implementierung dieser Prozesse sein.
5. **Wir brauchen endlich eine Diskussion darüber, wie Lehrkräfte entlastet werden können,** um mehr Zeit für Schulentwicklung und Fortbildungsmaßnahmen für Professionalisierung und qualitative Unterrichtsentwicklung nutzen zu können.
6. **Wir müssen über das grundsätzliche Selbstverständnis von Lehrkräften und ihrer Profession diskutieren.** Pädagogisches Arbeiten in der Schule heute muss Rahmen für Reflexion, Zusammenarbeit, gegenseitige Beratung und Supervision bieten, anstatt im Einzelkämpfer*innen-Denken des vorletzten Jahrhunderts zu bleiben. Regelmäßige Fort- und Weiterbildung, sowie die Etablierung einer Feedback-Kultur zwischen allen Akteuren, also Schulleitungen, Personal, Schüler*innen, Eltern, Behörde müssen eine Selbstverständlichkeit werden.
7. **Digitalisierung und Digitalität ist nicht Zukunftsmusik, sondern findet jetzt statt.** Wir wollen, dass digitale Instrumente den Austausch von Ideen, Zugänge und Begegnungen in einer vernetzten globalen Welt vereinfachen, um den positiven Wandel zu befördern. Der Ausbau digitaler Vernetzung und Kooperation innerhalb der Schulen und darüber hinaus muss fortgeführt werden. Wir sollten

beim konkreten digitalen Wandel aber nicht nur über die IT-Ausstattung und nachhaltige Infrastruktur reden, sondern auch über eine fächerübergreifende Implementation des Lernens mit und über Medien, die kontinuierliche Qualifizierung von Lehrkräften ebenso wie über unerwünschte Nebenwirkung von Digitalisierung und Digitalität.

8. **Inhaltliche Grundlage der Schule von heute muss Zukunftsbildung sein, die Kompetenzen und Wissen, sowie Handlungsfähigkeit für die Welt von morgen vermittelt.** Diesem Bild von Zukunftsbildung kann näher gekommen werden durch die fächerübergreifende, curriculare Verankerung von Schlüsselthemen im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Um junge Menschen dazu zu befähigen, Zukunft zu gestalten ist es eine zentrale Herausforderung, Verknüpfungen herzustellen zwischen den eigenen Erfahrungswelten und den zu behandelnden Themen. Demokratie und die Gestaltung von Transformation müssen im Kleinen erlebt und im Großen verstanden werden.
9. **Unser Bildungssystem hat einen umfassenden Weiterentwicklungsbedarf im Bereich der Diskriminierungssensibilität und -bekämpfung.** Mögliche Maßnahmen, um dem zu begegnen können flächendeckende, verpflichtende und regelmäßige Fortbildungen des pädagogischen Personals (auch zu Nischenthemen der Antidiskriminierung), die thematische Weiterentwicklung von Bildungsplänen, klare interne wie externe Beratungs- und Meldeangebote für Schüler*innen, eine machtkritische Personalpolitik, die Diversität fördert und massive Bemühungen zur Bewertung und Erstellung diskriminierungssensiblen, wie -kritischen Schulmaterials, sein.
10. **Alle Kinder haben Begabungen.** Deshalb müssen wir darüber diskutieren, wie wir einen Fokus auf die Begabungsförderung an unseren Schulen legen können, um diesen zu stärken und auszubauen.
11. **Die Hülle für inklusive Schulen ist da, aber das Innenleben wird noch nicht ausreichend gefüllt. Wir sind nach wie vor vom weitreichenden Inklusionsbegriff**

des Schulgesetzes überzeugt und wollen dessen Umsetzung endlich verwirklichen. Grundlegende, inklusionspädagogische Weiterbildung aller Lehrkräfte, mehr Sonderpädagog*innen und Doppelbesetzungen, eine bessere Zusammenarbeit aller pädagogischen Fachkräfte und die gemeinsame Verantwortungsübernahme für das Lernen aller Schüler*innen sind dafür notwendig. Eine gemeinsam erarbeitete, inklusive Grundhaltung stellt dann die Basis gelebter Inklusion dar.

Was kommt eigentlich nach der schulischen Inklusion? Wir müssen den Übergang in den 1. Arbeitsmarkt inklusiver gestalten, um mehr Perspektiven jenseits von Werkstätten zu haben.

12. **Längeres Gemeinsames Lernen kann und muss sich noch stärker auch in der Schulstruktur zeigen.** Zusammenarbeit von Schulen untereinander oder mit KiTas in Campus-Modellen sind eine Möglichkeit, noch bessere Rahmenbedingungen für die Umsetzung davon zu ermöglichen.

Anhang zum Zwischenbericht der Bildungskommission, November 2021:

Als Bildungskommission haben wir uns seit der Landesmitgliederversammlung im März 17 mal getroffen, uns live und online und gemeinsam ca. **61 Stunden** informiert, ausgetauscht, diskutiert und manchmal sogar gestritten.

Unsere bisherigen **Schwerpunktthemen bzw. Themenblöcke** mit denen wir uns beschäftigt haben, waren:

1. Gerechte Bildung (Aktueller Blick auf die bildungssoziologische Debatte)
2. Bildung im digitalen Wandel / Was hat Corona eigentlich mit unserem Bildungssystem gemacht?
3. Bildung im Sozialraum / KiTa und Schule als sozialer Ort und Bildung institutionsübergreifend von Anfang an bzw. mit fließenden Übergängen / Lebenslanges Lernen /

4. (Geschlechtliche) Vielfalt und Inklusion, antirassistische und demokratische Schule, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz
5. Schulentwicklungs- und Ausstattung/Schulstandorte/Lehrer*innenausbildung

Wir haben uns in den vergangenen Monaten mit **8 Expert*innen** getroffen und mit ihrer Expertise Schwerpunktthemen diskutiert und Erfahrungen, Empfehlungen und aktuelle Wissenschaftsstandpunkte erörtert. Dabei hatten wir Expert*innen sowohl aus Bremen, wie aus anderen Bundesländern, aus der Praxis wie aus der Wissenschaft und von der Schule bei uns. Wir haben uns mit unseren jeweiligen beruflichen und/oder politischen Schwerpunktthemen in die Bildungskommission mit Beiträgen/Vorlagen zu unseren Workshops eingebracht. In einem gemeinsamen Schreibprozess ist dieser Zwischenbericht als Ergebnis unserer bisherigen Diskussionen und Überlegungen entstanden.

Mitglieder der Bildungskommission:

Alexandra Werwath
Sona Terlohr
Simon Metzger
Anke Kujawski
Dietmar Kirchhoff
Solveig Eschen
Christopher Hupe
Carsten von Wissel
Hilke Brockmann
Ale Scholz (bis Sommer 2021)
Bärbel Schaudin-Fischer (seit Sommer 2021)